

Europa am Scheideweg Weder Politik noch Marktwirtschaft können die Krise meistern

„Ohne den Euro scheitert Europa“ - so kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich die Konsequenz aus der gegenwärtigen Finanz- und Bankenkrise an. Und im Umkehrschluss heißt das auch: Ohne Europa brauchen wir keinen Euro.

Und dass dieses Europa in der bisherigen Form wackelt, müssen in den vergangenen Wochen immer mehr PolitikerInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen eingestehen. Schließlich geht es nicht nur um einzelne Staaten wie Griechenland, Irland, Italien oder Frankreich, die ihre Verschuldung nicht oder nur schlecht in den Griff bekommen, sondern es geht um die Struktur dieses Staatesgebildes Europa insgesamt, das hinterfragt werden muss. Das haben die Verantwortlichen erkannt und finden keine Lösung.

Hilflosigkeit

Stattdessen prügeln sie auf die „Schuldenschurkenstaaten“ ein: Vom Verkauf griechischer Inseln bis zur Halbmastbeflaggung für säumige Länder reicht die Palette der hilflos wirkenden Vorschläge. Ein EU-Gipfel jagt den nächsten, doch die Abwärtsspirale geht unverändert weiter. Jetzt machen die Verantwortlichen Geburtsfehler des EU-Vertrages aus, durch den Deutschland angeblich von der verschuldeten Mehrheit der europäischen Staaten überstimmt wird. Dabei trat doch erst Ende 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft, durch den Europa eine zukunftsweisende Grundlage bekommen sollte. Doch auch dieser Vertrag kann die Probleme offenbar nicht lösen. Was folgt sind Spardiktate für verschiedene Länder. Mit Ret-



Griechenland und Spanien sind nur noch Marionetten von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und deutscher Bundeskanzlerin.
Foto: www.attac.de

Andere Union

Doch warum wird die Zukunft Europas allein an das Finanzgebaren gekoppelt, wie es das Zitat der Kanzlerin ankündigt? Was ist aus den großen Zielen einer politischen und sozialen europäischen Union geworden? Ein stabiler Staatenverbund ist doch eher aufzubauen, indem sich die teilnehmenden Länder erst politisch und sozial angleichen, bevor es eine gemeinsame Währung und gleiche ökonomische Spielregeln für alle gibt. Regionale und länderspezifische Unterschiede werden immer bestehen, aber grundlegende Vereinbarungen wie Löhne, Renteneintrittsalter und Sozialsysteme müssten erst vereinheitlicht werden, bevor der Markt seine eigenen Spielregeln schafft. Das ist in Europa nicht geschehen, und so lässt sich wunderbar auf die „faulen Griechen“ schimpfen, die sich angeblich die Sonne auf den Bauch scheinen lassen.

Auswirkungen

Betroffen von dieser chaotischen Politik ist jeder, auch wenn viele meinen mit den Finanz- und Banken Krisen nichts am Hut zu haben. Lebensversicherungen hängen am Tropf der weltweiten Finanzmärkte, manch einer hat vielleicht noch Aktien und andere Wertanlagen, die nun im globalen Wirtschaftsorkan

hin- und hergerissen werden. Spätestens wenn die Rettungsschirme nichts helfen und Deutschland Bargeld zahlen statt nur Versprechungen leisten muss, wird es neue Probleme geben. Viele Schulen sind bereits jetzt in einem desolaten Zustand und werden unter neuen Sparzwängen sicher nicht besser. Zuschüsse für Sport, Theater, Schwimmbäder oder die Erhöhung der Hartz IV-Sätze werden vom Tisch sein, wenn Deutschland unter neuen Schuldenlasten stöhnt und sich nicht traut, das Geld bei den Profiteuren der Krise zu holen.



Demnächst vielleicht wieder eine gefragte Währung: Die D-Mark und Pfennige. Foto: jt

tungsprogrammen wie EFSF, ESF oder ESM sollen die „Schmuddelstaaten“ zur Raison gebracht werden. Tatsächlich handelt es sich um eine Form von Ermächtigungsgesetzen, die die Abschaffung grundlegender demokratischer Rechte der Euro-Länder bedeuten. Steuern werden erhöht und soziale Leistungen sollen beschnitten werden, damit die Wirtschaften wieder „wettbewerbsfähig“ werden. Doch in Griechenland sind die Folgen dieser Sparpolitik absehbar: Die Menschen gehen auf die Straßen, sie haben weniger Geld zum Konsumieren und die Wirtschaft gerät dadurch noch weiter ins Trudeln.

Gewinner und Verlierer

Und wofür das alles? Man könnte ja noch sagen „zeigen wir Solidarität mit den ärmeren Europäern, zumal die Deutschen ja angeblich ohnehin vom Export in den Euroraum profitieren“. Doch selbst dann müsste man eher über eine gerechtere Verteilung der Wirtschaftsleistungen und Profite nachdenken, statt sich aus einer reinen Gönnerlaune heraus zu solidarisieren. Die Gelder kommen ohnehin nicht bei den Ärmsten an, sondern werden zum Teil in Sekundenschnelle an den Börsen verbrannt. Es sind wenige Fonds, Firmen, Familien und Personen, die von dieser weltweiten Marktwirtschaft profitieren, während es die Masse der Europäer gerade so eben schafft, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren oder sich von ihren Staaten „aushalten“ zu lassen. Wenn aber Menschen nur am Leben gehalten werden, wenn sie nur so viel bekommen, dass sie bloß nicht auf die Straße gehen, während andere nicht wissen wohin mit den Millionen, dann hat das nichts mit Würde und Anerkennung der eigenen Leistung zu tun. So wird sich ein friedlicher europäischer Gedanke in der Bevölkerung nie durchsetzen. Im Gegenteil: Es wachsen nationalistische Ansätze, die sich längst nicht mehr auf die Stammtische beschränken, sondern in Politik und Wirtschaft weit verbreitet sind.

Politisches Hickhack

So gerät auch die schwarz-gelbe Koalition in Berlin innenpolitisch unter Druck, ist sich ohnehin in vielen Politikfeldern nicht einig und stolpert nun auch in Wirtschaftsfragen von einer Krise in die nächste. Dass die CDU schnell ihre Meinung ändert wissen wir, seitdem quasi im Handstreich alte Positionen wie die zur Atomkraft oder zur Bundeswehr über den Haufen geworfen wurden. Jetzt gibt es schon innerhalb der Christdemokraten



Widerstände gegen weitere Hilfsmittel für überschuldete Staaten. Bei der FDP weiß man ohnehin nie genau woran man ist, denn in ihrem derzeitigen Weg in die Bedeutungslosigkeit bei Wahlen greift sie nach jedem Strohalm, der sich ihnen bietet und nimmt in diesem Überlebenskampf auch die Insolvenz ganzer Staaten in Kauf. Und das alles in einer Situation, wo wir mit der Eurorettung laut unsrer Kanzlerin vor einer „historischen Herausforderung“ stehen.

Ob es andere Parteien besser machen würden ist fraglich, so lange sie nicht ernsthaft davon überzeugt sind, dass das Primat der Politik vor der Wirtschaft wieder hergestellt werden muss. Über ein Mehr an staatlich gelenkter Wirtschaft muss nachgedacht werden! Da wirkt es fast wie Ironie, dass es gerade die Chinesen sind, die – als eine der letzten (zumindest theoretischen) Planwirtschaften der Welt – sich als Retter anbieten und dafür als Marktwirtschaft anerkannt werden wollen.

Jörg Teichfischer

Für ein solidarisches Europa

Europa steht in der Krise am Scheideweg. Die Neoliberalen nutzen die Gunst der Stunde, um eine Politik durchzusetzen, die starke Beschneidungen der Demokratie und einen immer weiter gehenden Sozialabbau mit sich bringt. Den Anfang haben die Sparpakete gemacht, mit denen die Kosten der Krise nach unten umverteilt werden. Als nächstes sollen mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dem Pakt für den Euro und anderen Maßnahmen die wirtschaftspolitischen Spielregeln der EU so überarbeitet werden, dass nur noch eins zählt: die Wettbewerbsfähigkeit. Hier wird eine Politik gegen die Interessen der meisten Menschen in Europa betrieben.

Diese Politik ist sozial und ökologisch ignorant, demokratiepolitisch fatal, und sie gibt keine angemessene Antwort auf die Krise. Zu dieser Politik gibt es gute Alternativen. Die Fi-

nanzmärkte müssen streng reguliert und Finanztransaktionen besteuert werden, es braucht europaweite Mindeststandards bei den Löhnen und den sozialen Sicherungssystemen. Vermögen und Unternehmensgewinne müssen koordiniert höher besteuert werden und die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger Europas müssen ausgebaut werden. Diese Maßnahmen würden helfen, einen solidarischen Weg aus der Krise einzuschlagen. Sie würden die neoliberalen Reformen überflüssig machen und sie würden die sozialen Ungleichheiten in Europa abbauen. Aber ihre Umsetzung muss erkämpft werden. Europa steht am Scheideweg: radikalisierte Neoliberalismus oder solidarische Gemeinschaft.

Quelle: www.attac.de/aktuell/eurokrise/

Familien-Silvesterfeier im Jumicar Freizeitpark Ab 19.30 Uhr

Bar - Buffet - Getränke - Mitternachtsbuffet - Raucherlounge - DJ's

DJ Oelzi & DJ Toni

Freuen Sie sich auf einen bunten Leinwandmix 70/80/90
Aktuelle Charts - Stimmung - Hardrock - Wiener Walzer - Schwofen

Buffet

Antipasti - Salate - Herzhafte Braten - Minihaxen - Lachs in Sahneseauce
Kartoffelgratin - Pommes - Fladenbrot - Tzaziki und verschiedene Saucen

Eisdessert und Kaffee

Mitternachtsbuffet

Currywurst - Hähnchen - Torten - Berliner

Biere

Fasabier / Beck's / Gold / Lamor / alkoholfrei / Alster / Hefe Weizen / alkoholfrei

Markenspirituen

Weinbrand - Whisky - Rum - Wodka - Saurer - Korn - Ouzo - Rot und Weißwein

Softgetränke

Cola - Fanta - Sprite - Wasser - Apfelschorle - Orangensaft

Cocktails

Calpirinha - Sex on the beach - Pina colada

Kindervergnügen

Kicker - Tischtennis - Spielzeug - Trampolino + Knetbareich

Preise: inkl. Feuerwerk

Erwachsene:	€ 49,-	Kinder bis 11 J.	€ 15,-
Jugendl. bis 17 J.	€ 30,-	Kinder bis 7 J.	€ 10,-
Jugendl. bis 15 J.	€ 20,-	Kinder bis 3 J.	€ 0,-

Buchungsanfragen bitte an info@jumicar-bremen.de oder Tel.: 541661

Barzahlung im Freizeitpark, Büro oder per Überweisung an jumicar bei der

Sparkasse Bremen: KTN 12238259 BLZ 29050101 bitte Anzahl und Namen nennen

Buchungsbestätigung erst nach Bezahlung

www.jumicar-bremen.de